

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 17. Mai 2022

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 10. bis 12. Mai 2022

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 10. bis 12. Mai 2022 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 10. Mai 2022

Nr. 20/329 s

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

1. Überwachung des ruhenden Verkehrs: Wie werden Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bremen gesichert?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 16. September 2021

(Drucksache 20/503 S)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/330 s

Einsetzung eines Ausschusses für die nachhaltige Umsetzung und Kontrolle von Klimaschutzmaßnahmen und Zusammenlegung der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz mit der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zu einer städtischen Deputation für Mobilität, Bau, Umwelt, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Tierschutz

Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. März 2022
(Drucksache [20/679 S](#))

Der Antrag ist vom Antragssteller zurückgezogen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/331 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/687 S](#))

Die Stadtbürgerschaft wählt Frau Sara Dahnken anstelle von Frau Tina Poort zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2021

Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/691 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick Elektroroller (sogenannte E-Mopeds) durch das Ordnungsamts Bremen als nach § 47 Absatz 2 Bremisches Landesstraßengesetz (BremLStrG) für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 BremLStrG zuständige Ortspolizeibehörde

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/697 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme zu.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Anpassung der Aufwandsentschädigung der nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörenden Mitglieder der Stadtbürgerschaft

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 26. April 2022
(Drucksache [20/699 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/332 s

Fragestunde

1. Was tut der Senat gegen die City-Verschmutzung durch Tauben?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2022
2. Gibt es in Bremen genügend Trinkwassernotbrunnen?
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BiW) vom 23. März 2022
3. Grünpflegebudgets im Zeichen der Klimaanpassung
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2022

4. Wie zuverlässig und bedarfsgerecht ist die Humanitäre Sprechstunde?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2022
5. Grundschule in der Gartenstadt Werdersee
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2022
6. Wie kann der aktuelle Nutzungskonflikt von Rad- und Fußverkehr in der H.-H.- Meier-Allee entschärft werden?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 25. März 2022
7. Negative Antwortmöglichkeiten beim Erlebnisraum Martinistraße unerwünscht?
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 28. März 2022
8. Aktueller Planungsstand der Unisportstätten
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. März 2022

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis

9. Stromsperren bei öffentlichen Liegenschaften der Stadt Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. April 2022

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/333 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**"Sozialsenatorin muss sichere und menschenwürdige
Flüchtlingsunterbringung sicherstellen".**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/334 S

**Nachhaltige und konfliktfreie Fußgängerinfrastruktur – Entwicklung,
Zustand und Barrierefreiheit der Fußwegeinfrastruktur in Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 21. Dezember 2021

(Drucksache [20/648 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. März 2022

(Drucksache [20/672 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/335 S

Neues Gewerbeentwicklungsprogramm endlich vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 23. März 2022

(Drucksache [20/683 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/336 S

Mehrweggebot für Veranstaltungen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 4. April 2022

(Drucksache [20/690 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 10. Mai 2022

(Drucksache [20/702 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag mit Änderung wie folgt zu.

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zunächst die kurzfristige Umsetzung eines Mehrweggebots für Veranstaltungen als Auflagen bei marktrechtlichen Festsetzungen und straßenrechtlichen Sondernutzungs-erlaubnisse nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz vorzunehmen. Diese sollen folgendermaßen ausgestaltet werden:

Ab dem 1. März 2023 sollen zunächst Getränke ausschließlich in pfandpflichtigen, wiederverwendbaren Gefäßen, Packungen und Behältnissen (zum Beispiel Mehrwegkunststoff, Porzellan, Keramik, Glas und so weiter) ausgegeben werden. Dies schließt ein Mehrweggebot für das Getränkeangebot ein, das heißt Getränke sollen ausschließlich aus Behältnissen ausgedient werden, die den genannten Kriterien entsprechen.

Ab dem 1. März 2024 sollen dann auch Speisen ausschließlich in solchen Gefäßen, Packungen und Behältnissen und mit wieder verwendbarem Besteck (Mehrwegbesteck) ausgegeben werden.

Existierende Mehrwegsysteme, die ohne Pfand funktionieren, sind von der Pfandpflicht ausgenommen. Weitere Ausnahmen von den Regelungen des Mehrweggebots können nur in besonderen Einzelfällen zugelassen werden. Dazu zählen Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Mögliche Ausnahmekriterien sind in einer Richtlinie festzulegen.

2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die sachlichen Vorgaben unter Beschlusspunkt 1 auch in einer Novelle des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen (Abfallortsgesetz) aufzunehmen, sodass sämtliche Veranstaltungen und Märkte, die auf Grundstücken oder in Einrichtungen der Stadt durchgeführt und/oder von der Stadt veranstaltet oder finanziell gefördert werden, vom Mehrweggebot erfasst werden.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Einführung eines kommunalen Mehrwegsystems und damit eines öffentlichen

Leihangebots zu prüfen. Dabei sind die einschlägigen öffentlichen Unternehmen einzubinden, ihre Erfahrungen und Bedürfnisse zu berücksichtigen und eventuelle Kooperationsmöglichkeiten zu eruieren.

4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, mit privaten Unternehmen, die nicht auf städtischen Grundstücken, in städtischen Einrichtungen oder mit finanzieller Förderung der Stadt Veranstaltungen in Bremen durchführen, Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, freiwillige Vereinbarungen zur Einführung von Mehrwegsystemen zu treffen; auch hier sind finanzielle Anreizmöglichkeiten zu prüfen.
5. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, Gespräche mit dem Magistrat Bremerhaven zu suchen, um die Möglichkeit eines analogen Ortsgesetzes für die Kommune Bremerhaven zu erörtern.
6. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass eine einfache und verbraucherfreundliche Rückgabe von Mehrwegbechern und Mehrwegessensverpackungen durch deutschlandweite Pfandsysteme gefördert wird.
7. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie und der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (federführend) und an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/337 S

Eine Hall of Fame für Bremen! Öffentliche Graffiti-Flächen und -Wände bereitstellen und Map of Fame erstellen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. April 2022

(Drucksache [20/693 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, öffentliche Flächen im Einvernehmen mit den Beiräten an Straßenbrücken, öffentlichen Gebäudewänden, Industriebrachen etc. als Halls of Fame bereitzustellen; hierbei sollen sowohl permanente als auch temporäre Flächen berücksichtigt und benannt werden.

2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Map of Fame mit allen öffentlichen und privaten legalen Graffiti-Flächen in Bremen zu erstellen und im Netz zu veröffentlichen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in Absprache mit dem Deichverband, den Beiräten und den Anwohner:innen zu prüfen, ob die Beton-Ufermauern an der Schlachte und in der Überseestadt für eine künstlerische Gestaltung mit Graffiti geeignet sind.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, gemeinsam mit den Trägern der offenen Jugendarbeit, der Jugendförderung und der stadtzentralen Angebote zu erörtern, wie Graffiti als Jugendkultur auch in den Angeboten der Jugendhilfe gefördert werden kann.
5. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ergänzend für einige Flächen, die nicht als freie Hall of Fame in Frage kommen, ein geeignetes Förderungsformat zu entwickeln, das die Bewerbung mit Motivvorschlägen durch eine fachkundige Jury nach künstlerischen Standards bewertet und dann gegebenenfalls in Kooperation mit den Eigentümer:innen entscheidet.
6. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, der Stadtbürgerschaft binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/338 s

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verfahrensstand des Projekts „Campus Nord“ auf dem ehemaligen BWK-Gelände

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/645 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/658 S](#))
2. Festlegung der Grundsteuerreform für Immobilien- und Grundstückseigentümer als Chance für klimaneutrale Politik nutzen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BiW)
vom 16. Februar 2022
(Drucksache [20/668 S](#))

3. Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/656 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/676 S](#))
4. Personalausweise für Obdach- und Wohnungslose gebührenfrei ermöglichen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/670 S](#))
5. Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel aber unter effektiver Finanzkontrolle einsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/675 S](#))
6. Ersatz für umgestürzte Bäume in Parks und öffentlichen Grünflächen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/678 S](#))
7. Kitaplätze in Gefahr: Werden die Träger frühkindlicher Bildungseinrichtungen in Bremen ungleich behandelt und verliert Bremen als Standort damit an Attraktivität?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. März 2022
(Drucksache [20/682 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/698 S](#))
8. Bebauung Grundstücke in Beneckendorfallée
Petition S 19/361
Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/686 S](#))
9. Das Hörmal – Koloniale Spuren in Bremen durch digitale Hörstücke einordnen, sichtbar machen und informieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/696 S](#))
10. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27

vom 9. Mai 2022
(Neufassung der Drs. [20/700 S](#) vom 6. Mai 2022)
(Drucksache [20/701 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 11. und 12. Mai 2022

Nr. 20/721

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zur aktuellen Beschäftigungssituation und Lage der Beschäftigten im Land Bremen
Große Anfrage SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/1286](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1347](#))
2. Situation in den Frauenhäusern: Belegung, Finanzierung und Austausch
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. März 2022
(Drucksache [20/1379](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1466](#))
3. Klimaschutzrelevantes Handwerk durch Qualifizierung stärken
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1417](#))
4. Wie bringen wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit in der bremischen Energieversorgung zusammen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. März 2022
(Drucksache [20/1422](#))
5. Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer: Holodomor von 1932/33 als Völkermord anerkennen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1463](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/722

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 9. Mai 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/1423](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2021
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1427](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Gesetz zur Änderung von hafenrechtlichen Vorschriften (Änderung des Bremischen Hafenebetriebsgesetzes und des Bremischen Schiffsabfall-Entsorgungsgesetzes)
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Bericht über die Erfüllung der Sanierungsverpflichtungen nach dem Sanierungshilfengesetz – Sanierungshilfenbericht 2021 – Mitteilung des Senats vom 26. April 2022 (Drucksache [20/1434](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Festsetzung des Wahltags für die Wahl der Bremischen Bürgerschaft der 21. Wahlperiode
Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 26. April 2022 (Drucksache [20/1439](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt als Wahltag für die Wahl der Bremischen Bürgerschaft der 21. Wahlperiode den 14. Mai 2023 fest.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Anpassung von Entschädigungsleistungen
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 26. April 2022 (Drucksache [20/1440](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übertragung von Aufgaben im Rahmen von Unterbringungen nach § 126a der Strafprozessordnung
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1449](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

8. 6. Bericht des Senats gemäß § 12 BremIFG
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1450](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Information gemäß Stabilitätsratsgesetz § 8 (StabiRatG)
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1451](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1428](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Basisschutz vor
Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV2
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 5. Mai 2022
(Drucksache [20/1458](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs-
und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum
Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1433](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum
Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV2
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 5. Mai 2022
(Drucksache [20/1459](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs-
und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. 42. Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des
Europarates vom 22. - 24. März 2022 in Straßburg
Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten,
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 6. Mai 2022
(Drucksache [20/1460](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/723

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU:

„100 000 000 € müssen eingespart werden – rot-rot-grüner Haushalt gescheitert“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Olaf Zimmer, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:

„Warnstreiks im Sozial- und Erziehungsdienst: Fachkräfte sichern und anerkennen“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/724

Ridesharing-Angebote für „die letzte Meile“ schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 11. Januar 2022
(Drucksache [20/1294](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zeitnah Gespräche mit vergleichbaren Großstädten und deren Verkehrsbetrieben aufzunehmen hinsichtlich der bisherigen Erfahrungen mit Ridesharing- beziehungsweise Ridepooling-Angeboten zu Fragen der Angebote, Kosten, Finanzierung, Nachfrage und der verkehrlichen Wirkung;
2. darauf aufbauend Gespräche mit potenziellen Anbietern und dem ansässigen Taxigewerbe über die Möglichkeiten solcher Systeme in

Bremen und Bremerhaven zu führen sowie damit im Zusammenhang stehende vergabe- und genehmigungsrechtliche Fragestellungen zu beleuchten;

3. der Bürgerschaft (Landtag) binnen zwölf Monaten nach Beschlussfassung über die Ergebnisse zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/725

Clubs schützen und Lärmkonflikten vorbeugen – Einrichtung eines Schallschutzfonds

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 8. Februar 2022

(Drucksache [20/1338](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Programm für die Unterstützung von kommerziellen und nichtkommerziellen Musikspielstätten, Clubs, kulturellen Zwischennutzungen sowie regelmäßig aktive Akteur:innen im Rahmen des Freiluftparty-Gesetzes zu erarbeiten, das diese im Falle von Lärmkonflikten bei der Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen sowohl finanziell wie auch durch fachliche Beratung fördert und dabei folgende Kriterien berücksichtigt:
 - a. Zur Feststellung der Förderfähigkeit und zur Bemessung der Höhe der Förderung wird vorab durch geeignete Expert:innen ein Lärmschutzgutachten angefertigt, welches für die antragstellenden Akteur:innen kostenfrei ist und ihnen auch bei Nicht-Bewilligung der Fördermittel zugeht. Für Akteur:innen, die auf Basis des Freiluftpartygesetzes Veranstaltungen an wechselnden Orten durchführen, ist ein vorheriges ortsabhängiges Lärmschutzgutachten nicht nötig.
 - b. Der verpflichtende Eigenanteil der geförderten Akteur:innen am Gesamtvolumen der Maßnahmen beträgt nicht mehr als 20 Prozent und bei hauptsächlich ehrenamtlich arbeitenden oder gemeinnützigen Akteur:innen nicht mehr als 10 Prozent, Eigenleistungen sollen anrechenbar sein.
 - c. Auch bereits staatlich geförderte Akteur:innen sollen im selben Maße von diesem Programm profitieren können.

- d. Pro Antrag gilt eine Höchstfördersumme von 50 000 Euro, in Einzelfällen kann davon abgewichen werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Kultur und der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit jährlich zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (federführend) und an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/726

Elektroschrott vermindern, Handwerk stärken und Ressourcen schonen: Reparaturoffensive für Bremen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1349](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. unter Berücksichtigung der bereits laufenden Prozesse zur Erarbeitung eines „Zero Waste“-Leitbilds die Erstellung eines Konzepts für eine „Reparaturoffensive“ zu prüfen, bestehend aus
 - a. der Prüfung von Ressourcenzentren in gut erreichbaren Lagen Bremens und Bremerhavens mit langen Öffnungszeiten in Zusammenarbeit mit Repair-Cafes, Bauteil- und Recyclingbörse, der Handwerks- und gegebenenfalls der Handelskammer, Handwerker:innen, Einzelhandel und Umweltbildungsträgern nach Vorbild Wiens oder Oldenburgs mit Reparaturangeboten in den Zentren sowie bei Kund:innen zu Hause, Workshops und Bildungsveranstaltungen, Ersatzteillager für Selbstreparatur, Miete und An- und Verkauf;
 - b. der Prüfung der Einrichtung eines „Reparaturnetzwerks“ für mehr Sichtbarkeit von bestehenden Reparaturdienstleistungen in Bremen;
 - c. der Prüfung des Reparaturbonus nach thüringischem Vorbild oder eines Reparaturbons nach Wiener Vorbild unter Berücksichtigung der bislang gesammelten Erfahrungen und Ergebnisse dieser Ansätze (zum Beispiel Sorten der reparierten Gegenstände, Zahl der geförderten Reparaturen, Entwicklung der Gesamtzahl von Reparaturen, geschätzte CO₂-Einsparung und Menge vermiedenen Elektroschrotts).

2. sich auf Bundesebene für eine Umsatzsteuersenkung von 19 auf sieben Prozent für „kleine Reparaturen“ (gemäß „Öko-Design-Richtlinie“, 2009/125/EG) sowie für ein universelles und herstellerunabhängiges Recht auf Reparatur einzusetzen.
3. zu prüfen, ob in der öffentlichen Beschaffung unausgeschöpfte Potenziale für die vermehrte Durchführung von Reparaturen bestehen.
4. den staatlichen Deputationen Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie und Wirtschaft und Arbeit nach einem halben Jahr zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (federführend) und an Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/727

Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge forcieren – Ladeinfrastrukturstrategie bis Ende des Jahres erarbeiten

Antrag der Fraktion der CDU

vom 3. Mai 2022

(Drucksache [20/1445](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/728

Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. Juli 2021

(Drucksache [20/1041](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2021

(Drucksache [20/1335](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/729

Fragestunde

1. Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine für das Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. März 2022
2. Löschsysteme der Feuerwehren im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 17. März 2022
3. Schließung von Post-, Bank- und Sparkassenfilialen benachteiligt Seniorinnen und Senioren
Anfrage der Abgeordneten Melanie Morawietz, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 17. März 2022
4. Welchen Stellenwert hat die Kajensanierung für die Häfensensorin?
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Susanne Grobien, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 18. März 2022
5. Abbrüche bei Polizeipersonal und in der Polizeiausbildung
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann und Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. März 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

6. Vorbeugung von Menschenhandel und Übergriffen auf ukrainische Frauen und Mädchen
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann und Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. März 2022

Diese Anfrage wurde von den Fragestellern zurückgezogen.

7. Welche Qualifizierungsangebote im Bereich Kultur gibt es im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. März 2022

8. Warum schreibt der Senat die Erstellung einer Engagementstrategie nicht aus?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Jens Eckhoff, Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. März 2022
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Voraussetzungen für Homeoffice von Schulleitungen und Lehrkräften
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Bettina Hornhues, Yvonne Averwesser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. März 2022
10. Defibrillatoren an Schulen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Bettina Hornhues, Yvonne Averwesser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. März 2022
11. MINT-Fachkräftemangel im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. März 2022
12. Vereinbarte Verteilung von Geflüchteten aus dem Westbalkan von Bremen verhindert?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. März 2022
13. Arbeitsmarktförderung in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2022
14. Förderprogramm Lastenräder
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 29. März 2022
15. Demonstrieren Mitarbeitende der Klimabehörde während der Dienstzeit gegen die eigene Untätigkeit?
Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 30. März 2022
16. Eingefrorene Vermögenswerte aufgrund von Sanktionen
Anfrage der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BIW) vom 22. April 2022
17. LNG-Terminal in Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 22. April 2022
18. Gehört der Begriff „Reichsgesetz“ noch in die Bremer Landesverfassung?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 4. Mai 2022

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/730

Licht ins Dunkel bringen: Gewaltstudie nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens auch in Bremen realisieren

Antrag der Fraktion der FDP

vom 22. März 2022

(Neufassung der Drucksache [20/1248](#) vom 25. November 2021)

(Drucksache [20/1408](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/731

Wissen kann schützen! – Frühzeitig Katastrophenbewusstsein schaffen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 3. Januar 2022

(Drucksache [20/1289](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/732

Neue Impulse für die Hafenpolitik im Land Bremen: Nachhaltige und zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Hafenstandorts Bremerhaven!

Antrag der Fraktionen der FDP und CDU

vom 11. Mai 2022

(Neufassung der Drucksache [20/1320](#) vom 25. Januar 2022)

(Drucksache [20/1469](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/733

Lebenslagen im Land Bremen – Dritter Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen – 2021 –

Mitteilung des Senats

vom 7. Dezember 2021

(Drucksache [20/1269](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/734

Wahl eines Mitglieds des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Wahlvorschlag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/735

Rückgabe geraubter Kulturgüter aus kolonialen Kontexten

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. Dezember 2021

(Drucksache [20/1263](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt es, wenn sich Bremer Kultureinrichtungen gemeinsam mit von Rassismus betroffenen Menschen für eine Aufarbeitung des Kolonialismus einsetzen. Eine besondere Verantwortung besteht darin, aufzuzeigen, wie Kulturgüter aus kolonialen Kontexten eingesetzt wurden, um rassistische und kolonialherrschaftsverherrlichende Narrative zu schaffen und zu bestärken, sowie aufzuzeigen, welchen Einfluss diese Narrative bis heute haben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet nach der Überprüfung und Einordnung der Artefakte in Bremer Beständen eine aktive Kooperation mit den Herkunftsgesellschaften und -staaten zur Festlegung des weiteren Umgangs mit den Exponaten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich dabei zur Rückgabe geraubter oder anderweitig unrechtmäßig erworbener Artefakte an die Herkunftsgesellschaften als beste Lösung. Auch eine rechtliche Überschreibung in das Eigentum der Herkunftsgesellschaften mit dem Zweck, die Gegenstände anschließend von den Herkunftsgesellschaften zu leihen, stellt einen verantwortungsvolleren Weg dar als der Verbleib im Eigentum Bremischer Einrichtungen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt darüber hinaus:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Provenienzforschung zu den Bremer Beständen aktiv weiter voranzutreiben und Vertreter:innen der Herkunftsgesellschaften im Rahmen einer kooperativen Provenienzforschung in diesen Prozess einzubinden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf darauf hinzuwirken, dass bei der Provenienzforschung und Rückführung der Bereich der menschlichen Gebeine prioritär behandelt wird, und sicherzustellen, dass die Objekte bis zum Zeitpunkt der Rückgabe weder ausgestellt noch an ihnen Forschungen vorgenommen werden, die nicht der Rückführung dienen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ergänzend zur Forschungsförderung im Bereich Provenienz eine Förderung eingerichtet wird, welche die Museen und Sammlungen finanziell bei der Rückgabe von Artefakten aus kolonialem Kontext, besonders bei der Rückgabe von menschlichen Gebeinen, unterstützt.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber dem Bund und den anderen Ländern dafür einzusetzen, dass die Arbeit der „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ bestmöglich unterstützt wird.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert vom Senat einen Bericht über die Bemühungen der Bremer Kultureinrichtungen zur Restitution von Kulturgütern; dieser soll umfassend die Bestände sowie den Erkenntnisstand hinsichtlich ihrer Herkunft zeigen und auch für die Zukunft nachweisbar festhalten, welche Wünsche die jeweiligen Herkunftsgesellschaften hinsichtlich des Umgangs mit den betreffenden Kulturgütern äußern.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit den Kulturgut bewahrenden Institutionen im Land Bremen sicherzustellen, dass alle für eine Restitution relevanten Informationen an die „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ und die dort angesiedelten Datenbanken weitergeleitet werden und ein solches System zum Informationsaustausch auch für EU-weite Bestände etabliert wird.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu benennen, wie viel Arbeitsaufwand für die Erforschung der Provenienz aller Güter aus kolonialen Beständen in etwa erforderlich ist und welche weiteren Mittel notwendig sind, um die Rückgabe geraubter Güter auf absehbare Zeit sicherzustellen. Ebenso soll geprüft werden, an welcher möglichst unabhängigen Stelle diese Mittel am besten einzusetzen sind und wie dabei ein Rollenkonflikt zwischen Eigentümerinstitution und Forschungsinstitution vermieden werden kann.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die kulturgutbewahrenden Einrichtungen weiterhin und bestmöglich beim Einwerben von Drittmitteln, beispielsweise vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, zu unterstützen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/736

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über den Landesmindestlohn

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022

(Drucksache [20/1448](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/737

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 28

vom 6. Mai 2022

(Drucksache [20/1461](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/738

Dritte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2022

(Neufassung der Drucksache [20/1468](#) vom 10. Mai 2022)

(Drucksache [20/1471](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Dritten Änderungsverordnung zur Ersten Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung sieht.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/739

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1324](#))
2. Medienkompetenzförderung in Bremen und Bremerhaven
Gesamtstrategie und Bestandsaufnahme
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1331](#))
3. Chancengerechtigkeit durch Zukunftsscouts an weiterführenden
Schulen erhöhen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Februar 2022
(Drucksache [20/1342](#))
4. Ist die Förderung besonders begabter Kinder im Land Bremen in allen
Stadtteilen ausreichend? Formen und Wirksamkeit der
Begabungsförderung auf dem Prüfstand
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 24. Januar 2022
(Drucksache [20/1317](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1387](#))
5. Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen
und Kinder vor Gewalt schützen
Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/1375](#))
6. Sexualisierte Gewalt: Gesellschaftspolitische statt kircheninterner
Aufarbeitung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1382](#))
7. Zusammenwirken von Schulen des Landes Bremen und der
Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung auf Grundlage eines
Kooperationsvertrages institutionalisieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. März 2022
(Drucksache [20/1392](#))
8. Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1394](#))

9. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses vom 14. März 2022
(Drucksache [20/1393](#))
10. Welche Absichten verfolgt der Bremer Senat in Bezug auf die Schutzhunde bei der Bremer Polizei?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Februar 2022
(Drucksache [20/1340](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1412](#))
11. Landesprogramm Lebendige Quartiere – Umsetzung und Fortschreibung
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 11. Februar 2022
(Drucksache [20/1344](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1435](#))
12. Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1355](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1436](#))
13. Plattdütsch in Bremen: Langt dat, wat de Senat for de Regionalspraak deit?
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1359](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1426](#))
14. Wie können Bremen und Bremerhaven am „New Space“-Boom teilhaben?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1381](#))
D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1452](#))

15. Bremische Landwirtschaft zukunftsfähig machen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. März 2022
(Drucksache [20/1419](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1453](#))
16. Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1430](#))
17. Renditebegrenzung in der Pflege einführen – Private-Equity-
Gesellschaften stärker regulieren
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1431](#))
18. Wärmewende forcieren und energetische Gebäudesanierungen im
Land Bremen vorantreiben: Ein effektives Maßnahmenpaket jetzt auf
den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1446](#))
19. Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in
Behörden und Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen
untersagen
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1447](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.